Farbbänder
Kohlepapier
Durchschlagpapier
Temming & Heilborn
Nordstraße 27.

Stärkende
Krankenweine
wie Samos, Tarragona usw. erhalten Sie infolge des großen Umsatzes in diesen Weinen zu staunend niedrigen Preisen in der
Drogerie Bruns
Nordstr. 22, Fernr. 2113

2 Geldschränke
modernster Ausf. nur 3 Wochen z. Aushilfe gebr. m. Fabrikgarantie z. N. M 210 abzug.
W. Houben,
Duisburg
Mülheimerstr. 29.

Wer morgens müde
und abgespannt ist, keine Energie zur Arbeit aufbringen kann, mache eine erfolgreiche Hauskur mit dem echten
Doppelherz
dem ärztl. empfohl. Kräftigungsmittel bei Nervenschwäche, Blutarmut, Appetitlosigkeit, Magenbeschwerden, Verdauungsschwäche, Schlaflosigkeit usw. Die Wirkung überrascht geradezu. Originalflaschen M ¼ 3.50 und 5.— RM
Echt nur bei
Drogerie Bruns,
Nordstr. 22.

Teppiche
ohne Anzahlung,
Läufer- Tisch- und Divandecken in 12 Monatsraten.
Norddeutsche Waren-Handels-Gesellschaft m. b. H.
Abteilung Teppiche
Berlin. W. 62,
Maassenstraße 36.
Verlangen Sie sofort gemusterte Offerte.
Diskretion zugesichert

Verkaufs-Anzeige!
Am Freitag, den 27. Juli, nachmittags 2 Uhr läßt Herr Herm. Fehlings in Ringenberg wegen Aufgabe der Haushaltung:
1 Vertikow, Sofa, Spiegel mit Console, 1 Tische, Ständer, Schreibtisch, 1½ Dtzd. Stühle, Standuhr, Serviertisch, Blumenständer, neuer Küchenschrank und Anrichte, 1 Herd, Ofen, 2 Bettstellen mit Matratzen, Colletentisch, 2 Nachtconsole, Nähmaschine, 2 Kleiderschränke, Regale, Vorrats- und Küchenschrank, sämtl. Porzellan- und Glassachen, — Eß- und Kaffeeservice, — alle Kuchen-, Koch-, Einmach- und Hausgeräte öffentlich auf Kredit oder gegen bar versteigern.
Bülicker, Hamminkeln.

Dicke rote
Johannisbeeren
täglich frisch gepflückt empfiehlt bei größerer Abnahme billigst:
Obstplantage und Samenhaus
Behnen.

Dürkopp-Fahrräder
mit Ringlager, sind Klasseräder, von unerreichter Haltbarkeit, mittlere Bauart, sehr leichter Lauf.
Alleinvertretung
Heinr. Rose,
Nordstraße.

Ein fast neues
Dogcart
zu verkaufen.
Blücherstraße 62.

Bruchbandagen
mit und ohne Feder für Kinder und Erwachsene in allen Preislagen.
Drogerie Bruns
Nordstraße 22.

Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt.
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Henrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parrer.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 194 | Samstag, den 14. Juli | Jahrgang 1928

Amnestie vom Reichstag und Reichsrat beschlossen

Der Reichstag in den Sommerferien.

Von unserer Berliner Redaktion.

* Berlin, 13. Juli. (Drahtb.)

Der am 20. Mai neu gewählte Reichstag ist heute nach dem Abschluß seiner ersten kurzen Sitzungsperiode in die Sommerferien gegangen. Die Schlußsitzung erfolgte bei einer Temperatur von 33 Grad Celsius im Schatten, sodaß man auch in dieser Beziehung mit Recht von Sommerferien sprechen kann.

Die Sitzung selbst hätte beinahe noch einen scharfen Zwischenfall erlebt. Bei der Beratung des Amnestiegesetzes, das die Kommunisten zum Anlaß einer unwahrhaftigen und maßlosen Hetze gegen die Sozialdemokraten nahmen und wobei sich zeigte, daß die Sozialdemokratie, die sonst auf ihren großen Wahlsieg stolz ist, trotz ihrer Machtstellung im Parlament nicht den Mut aufbrachte, den Kommunisten die Stirn zu bieten. Insofern hat die Sozialdemokratie in der heutigen Abschlußsitzung sich eine große Blöße gegeben, als sie durch das kommunistische Geschrei sich dazu hinreißen ließ, eine Unterbrechung der Sitzung zu beantragen, um in der eigenen Fraktion noch einmal zu überlegen, ob man angesichts des kommunistischen Geheuls die unter die Amnestievereinbarungen gesetzte Unterschrift zurückziehen solle oder nicht. Schließlich schien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion doch die Schwäche zum Bewußtsein gekommen zu sein, die in einem solchen Nachgeben gegenüber den Kommunisten gelegen hätte, und so kam das Amnestiegesetz zuguter Letzt doch mit einer Mehrheit zustande, die man seit langem im Reichstag nicht mehr gewohnt ist. Lediglich die Handvoll Nationalsozialisten stimmte dagegen. Sonst herrschte im Hause eine seltene Einmütigkeit.

Die jetzt zu Ende gegangene erste Sitzungsperiode des neuen Reichstages hat noch keinerlei Maßstab dafür gebracht, ob der am 20. Mai neu gewählte Reichstag auf die Dauer arbeits- und lebensfähig sein wird oder nicht. Einmal hatte er keine Aufgaben zu erledigen, bei denen es um große grundsätzliche Entscheidungen ging und zudem war diese erste Sitzungsperiode nach den Wahlen von allzu kurzer Dauer. Immerhin sind aber gewisse Zweifel an der Arbeitsfähigkeit des Reichstages doch schon jetzt in Erscheinung getreten. Sie zeigten sich einmal bei der Regierungsbildung, die wochenlang das politische Leben in Unruhe hielt, und zum andern bei den wenigen sachlichen Aufgaben, vor die der Reichstag gestellt war. Man braucht nur an den Nationalfeiertag und die Lohnsteuersenkung zu denken. Bei diesen Gelegenheiten hat es sich mit aller Deutlichkeit herausgestellt — und das ist wohl das einzig praktische Ergebnis, das man aus den bisherigen Verhandlungen ziehen kann — daß die Deutsche Volkspartei einstweilen noch nicht daran denkt, die von ihr seit Jahr und Tag beliebten Krisenmachereien und Quertreibereien aufzugeben. Die jetzt beginnende große Ferienpause wird vielleicht einiges Gras über die Vergangenheit und auch über die noch nachzitternden Gegensätze aus dem Wahlkampf wachsen lassen. Die Entscheidung darüber, ob der Reichstag lebensfähig ist oder nicht, wird erst nach den Ferien im Spätherbst fallen. Dann wird es sich auch zeigen, ob die Deutsche Volkspartei endlich zu einer loyaleren Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und den übrigen jetzt in der Regierung vertretenen Parteien sich entschließt oder nicht, und davon hängt unseres Erachtens in erster Linie die Antwort auf die Frage der Lebensfähigkeit des neuen Reichstages ab.

(Der Reichstagsbericht ist im Beiblatt veröffentlicht.)

*

Einstimmige Annahme der Vorlage im Reichsrat.

◆ Berlin, 13. Juli.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag mit der Amnestievorlage.

Der Berichterstatter, Ministerialdirigent Schäfer, hob hervor, daß es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handele. Trotzdem schlügen die Ausschüsse vor, von der Erhebung eines Einspruchs abzusehen, obwohl es ein Eingriff in die Justizhoheit der Länder sei, mit Rücksicht darauf, daß der Entwurf im Reichstag mit solcher Mehrheit beschlossen worden wäre, daß auch im Falle eines Einspruches durch den Reichsrat der Reichstag mit der notwendigen Mehrheit an dem Entwurf festhalten würde.

Bayerischer Gesandter v. Preger gab namens seiner Regierung folgende Erklärung ab: Bayern legt dagegen Verwahrung ein, daß auch in diesem Falle eine Aenderung der Reichsverfassung, für die kein zwingender Grund vorliegt, vorgenommen wird und dadurch ein wesentliches verfassungsmäßiges Landesrecht wertlos gemacht wird. Um aber die Amnestie, mit der Bayern sachlich einverstanden ist, nicht zu gefährden, wird Bayern gleichwohl für die Vorlage stimmen.

Namens der sächsischen Regierung schloß sich der sächsische Bevollmächtigte Dr. Gradnauer der bayerischen Erklärung an.

Aehnliche Erklärungen gaben die Vertreter von Thüringen, Baden, Oldenburg und Bremen ab.

Vorsitzender Joel: Ich darf als Standpunkt der Reichsregierung ganz kurz präzisieren, daß diese nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß das Reich die Kompetenz zum Erlaß von Reichsamnestiegesetzen auch für in den Ländern ergangene Urteile hat.

Die Vorlage wurde ohne besondere Abstimmung einstimmig angenommen.

Den Gesetzentwürfen betreffend den Handelsvertrag mit Siam, betreffend Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen und betreffend Aenderung der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher erteilte der Reichsrat seine endgültige Zustimmung.

Mit der Lohnsteuersenkung wird sich der Reichsrat am 19. Juli befassen.

Die Viglieri-Gruppe gerettet.

Der Standort der Alessandri-Gruppe gefunden.

Die von Nobile Verlassenen an Bord des „Krassin".

Ceccioni nicht tot.

:: Rom, 13. Juli. Nach einem Funkspruch der „Citta di Milano" hat der russische Eisbrecher „Krassin" die Gruppe Viglieri am Donnerstag abend um 9 Uhr an Bord genommen. Diese Gruppe war bekanntlich zusammen mit General Nobile nach dem Absturz der „Italia" auf einer Eisscholle abgetrieben, und Nobile ließ sich als erster von ihnen retten. Die nunmehr nach 48 Leidenstagen an Bord des „Krassin" in Sicherheit gebrachten letzten fünf Mann der Gruppe sind äußerst erschöpft, jedoch sonst, wenn man die Entbehrungen in Betracht zieht, denen sie ausgesetzt gewesen sind, verhältnismäßig wohl. Ceccioni, der mehrfach totgesagt war, ist am Leben. Auch besteht für ihn keine Lebensgefahr; sein Zustand hat sich vielmehr gebessert. Außer ihm sind gerettet worden Leutnant Viglieri, Prof. Behunek und die beiden Italiener Natali und Biagi. Der „Krassin" hat auch Landbergs bei der Landung auf der Eisscholle beschädigtes Flugzeug mit an Bord genommen.

)(Moskau, 13. Juli. Die geretteten Italiener schilderten dem Vertreter der Telegraphenagentur der Sowjetunion an Bord des „Krassin", sie hätten den Eisbrecher zunächst in einer Entfernung von 13 Kilometern bemerkt und sich beruhigt, als sie den direkten Kurs des Eisbrechers auf ihren Standort wahrnahmen. Von der „Italia"-Gondel sind lediglich klägliche Trümmer übergeblieben.

◆ Kowno, 13. Juli. Aus Moskau liegen nähere Einzelheiten über die Rettung der Viglieri-Gruppe vor. Der Leiter der russischen Expedition, Samuilowitsch, berichtet, daß, als der Eisbrecher „Krassin" auf drei Meilen an das Lager herangekommen war, er sein Kommen durch Sirenen bemerkbar machte, worauf die Italiener durch Rauchsignale antworteten. Als sich der Eisbrecher in unmittelbarer Nähe des Lagers befand, wurde eine Fallbrücke herabgelassen über die sich dann die russische Hilfsexpedition auf die Scholle zu den Italienern begab. Die Freude und Dankbarkeit der Geretteten war unbeschreiblich. Sie erklärten, daß sie ihre ganze Hoffnung auf den „Krassin" gesetzt hätten, daß sie aber nicht eine so schnelle Ankunft des Eisbrechers erwartet hätten. Der Gesundheitszustand der Geretteten sei gut mit Ausnahme von Ceccioni, der einen Beinbruch erlitten habe und dessen Bein brandig geworden sei. Der Eisbrecher nahm nicht nur die Personen, sondern auch die gesamten Lagergeräte und Lundborgs Flugzeug an Bord. Gleich nach der Ankunft des Eisbrechers sank ein dichter Nebelschleier nieder, der gute Sicht verhinderte. Sobald sich der Nebel gehoben hat, wird sich der „Krassin" zur Insel Foyn begeben, wo sich die Alpenjäger befinden. Dann wird er sich zu dem Flieger Tschuchnowski zur Virgo-Bucht begeben.

General Nobile richtete an Prof. Samuilowitsch eine in wärmster Form gehaltene Dankesdepesche und bat auch, die nach seiner Auffassung in der Nähe befindliche Alessandri-Gruppe zu retten. Samuilowitsch antwortete, daß er diesem Wunsch nach Möglichkeit entsprechen wolle. Die Geretteten erzählten, daß sie durch den Funkspruch den Gang der Rettungsexpedition des „Krassin" verfolgt hätten, dennoch durch die schnelle Hilfe überrascht sind. Die Italiener haben den letzten Flug von Tschuchnowski nicht beobachten können. Auf der Eisscholle sind nur die Reste der zertrümmerten Führergondel der „Italia" zurückgeblieben.

*

Amundsen bei der Alessandri-Gruppe?

:: Moskau, 13. Juli. Einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion zufolge ist nach den letzten Nachrichten der Standort der Alessandri-Gruppe, die mit dem Ballon-Körper der „Italia" abgetrieben worden war, 80 Grad 45 Minuten nördlicher Breite und 30 Grad 31 Minuten östlicher Länge. Das Hilfskomitee hält die Vermutung Nansens für wahrscheinlich, daß Amundsen die Alessandri-Gruppe erreicht hat und sich bei ihr befindet.

*

Erfolglose Suche nach der „Latham".

● Rom, 13. Juli. Nach einer amtlichen Mitteilung startete Kapitän Ravazzoni gestern mit dem Wasserflugzeug „Marina" in Tromsoe und führte einen sechsstündigen Erkundungsflug in dem Gebiet 50 Meilen östlich und westlich der norwegischen Küste bis 50 Meilen südlich der Bäreninsel durch. Er hat nichts von der „Latham" entdeckt.

*

Auch Hauptmann Sora geborgen.

✓ Kingsbay, 13. Juli. Nach einer hier eingetroffenen Meldung soll die Gruppe des Hauptmanns Sora heute morgen von der „Krassin" aufgenommen worden sein.

*

Hauptmann Sora, der zur Besatzung der „Citta di Milano" gehört, unternahm zusammen mit dem Dänen Warming, dem Ingenieur der Kohlenminen auf Spitzbergen, eine Schlittenexpedition, um die vermißte „Italia"-Mannschaft zu suchen. Als dritter hatte sich noch der Holländer van Dongen angeschlossen. Gestern wurde gemeldet, daß von den dreien Warming wegen Erkrankung mit einem Schlitten und Hundegespann am Kap Bruun zurückgelassen worden sei. Sora und van Dongen wurden von dem Eisbrecher „Krassin" auf seiner Fahrt zur Viglieri-Gruppe gesichtet und davon verständigt, daß er sie auf der Rückfahrt aufnehmen werde. Ob auch Warming an Bord des Eisbrechers genommen worden ist, geht aus der obigen Meldung noch nicht hervor.

*

Malmgren erfroren.

* Oslo, 13. Juli. Die beiden Ueberlebenden der Malmgren-Gruppe, Mariano und Zappi erklären, daß Malmgren am 15. Juni erfroren sei. Beim Niedergange der „Italia" auf das Eis hätte er sich bereits eine Hand gebrochen gehabt. Bald darauf seien ihm beide Beine erfroren. Er sei auf seinen ausdrücklichen Wunsch in der Nähe der Brak-Insel zurückgelassen worden, als Mariano und Zappi ihren Weg fortgesetzt hätten. Später seien sie dann wieder zu ihm zurückgekehrt, da das offene Wasser ihnen das Erreichen des Festlandes unmöglich machte. Beide erklärten weiter, daß sie dem Wahnsinn nahegewesen seien, und sie höchstens noch drei Tage ausgehalten hätten. Während ihres Marsches hätten sie nicht weniger als acht Flugzeuge bemerkt, die ihnen jedoch nicht so nahe gekommen seien, daß sie von ihnen bemerkt werden konnten. Sie seien überglücklich gewesen, als endlich Tschuchnowski durch das Umkreisen angedeutet hätte, daß er sie gesehen habe. Dann seien sie von der Zuversicht erfüllt gewesen, daß sie gerettet würden.

:: Oslo, 13. Juli. Es scheint nunmehr festzustehen, daß sich die Leiche Malmgrens nicht bei den beiden geretteten Italienern Zappi und Mariano befunden hat. Die beiden Italiener haben wahrscheinlich den schwerverletzten Malmgren schon vor mehreren Wochen seinem Schicksal überlassen. Daher steht vorläufig noch nicht fest, ob und auf welche Weise Malmgren umgekommen ist. Kapitän Tornborg hat am Freitag den Befehl erhalten, alles aufzubieten, um Professor Malmgren zu finden und die Gründe für seine Zurücklassung aufzuklären. Man hofft, bei Malmgren Aufzeichnungen über die Vorgänge der „Italia"-Katastrophe und über sein furchtbares Schicksal zu finden.

*

Dank Mussolinis.

:: Rom, 13. Juli. Mussolini hat heute vormittag den Unterstaatssekretär im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Grandi beauftragt, sich nach der Botschaft der Sowjetunion zu begeben, um der Regierung der Sowjetunion durch Vermittlung ihres Botschafters die Gefühle der tiefsten Dankbarkeit der italienischen Regierung und des italienischen Volkes für das hochherzige und heldenhafte Werk, das die „Krassin"-Expedition zur Rettung der Schiffbrüchigen der „Italia" durchgeführt hat, zu übermitteln.

An Samoilowitsch, den Kommandanten des Eisbrechers „Krassin", hat Mussolini den folgenden Funkspruch gesandt: „Sie haben ein Werk vollführt, das in der Geschichte der arktischen Expeditionen und in den Zeugnissen edler Menschlichkeit fortleben wird. Ich danke Ihnen im Namen der Italiener und bitte Sie, diesen Dank auch allen Ihren Mitarbeitern auszurichten."

*

Eisbrecher „Malygin" kehrt zurück.

:: Kowno, 13. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung dem Eisbrecher „Malygin" befohlen, sofort nach Leningrad zurückzukehren. Die Rettungsarbeiten sind jetzt ausschließlich dem „Krassin" übertragen.

Der Kampf um den Sächsischen Landtag.

Von unserm Dresdner Korrespondenten.

:: Dresden, 11. Juli.

Seit den Reichstagswahlen vom 20. Mai, bei denen die sächsische Linke eine absolute Mehrheit ihrer Wählerschaft errang, haben mit großer Heftigkeit die Bemühungen eingesetzt, den jetzigen Sächsischen Landtag aufzulösen. Die Legislaturperiode des Landtags geht normalerweise bis Herbst 1930. Mit Hilfe der vier gemäßigten Altsozialisten ist bis jetzt eine Regierung möglich, die sich von den Deutschnationalen bis zu eben diesen Altsozialisten hin erstreckt. Die eigentliche Sozialdemokratie ist ausgeschaltet. Diese Sozialdemokratie aber hat nach ihrem Wahlerfolg das größte Interesse daran, möglichst bald und schnell die Zügel in die Hand zu bekommen. Sie dürfte allerdings jetzt den ungefähren Höhepunkt im Bestand der Wählerschaft erreicht haben. Wer weiß, ob im Jahre 1930, wenn erst die Sozialdemokratie im Reiche bis dahin gezeigt hat, daß auch sie kein Paradies auf Erden machen kann, ihre Anhängerschaft noch so groß sein wird.

Zwei Momente, die geeignet waren und sind, die Auflösung des Landtages herbeizuführen, rückten in letzter Zeit in den Vordergrund: einmal die Klagen des Zentrums und der Unabhängigen beim Staatsgerichtshof gegen die Verfassungsmäßigkeit des Sächsischen Landeswahlgesetzes und zum andern Mal der allmähliche Zerfall der Altsozialistischen Partei.

Das sächsische Wahlgesetz schreibt vor, daß Parteien, die bei Abhaltung einer Landtagsneuwahl keinen Abgeordneten im alten Landtag hatten, eine Kaution von 3000,— Mk. stellen müssen, wenn sie einen gültigen Wahlvorschlag einreichen wollen. Die 3000,— Mk. werden bei Erringung eines Mandates zurückgezahlt, im anderen Falle fließen sie in die Staatskasse. Das Zentrum hatte bei der letzten Landtagswahl diese Summe gezahlt, aber keinen Kandidaten durchbekommen und damit das Geld verloren. Im Anfang dieses Jahres nun strengte es Klage beim Staatsgerichtshof an gegen die Verfassungsmäßigkeit einer solchen Bestimmung. Die Absicht des Zentrums war nicht, die Auflösung des Landtags zu bewirken, sondern nur die Rückgängigmachung einzelner Paragraphen des Wahlgesetzes zu erzielen. (Neben dem Paragraphen, der die 3000,— Mk. vorschreibt, auch z. B. den, der eine bestimmte, hohe Zahl von Unterschriften bei der Einreichung der Wahllisten verlangt.) Aber es wurde bald sehr klar, daß sich aus einem Urteil des Staatsgerichtshofes doch auch eine direkte Neuwahl ergeben könne. Diesen Gedanken aufgreifend folgte sofort die Unabhängige Sozialdemokratische Partei mit einer Klage in der gleichen Sache. Die Verhandlungen waren für den 7. Juli in Leipzig angesetzt.

Nun ist das sächsische Zentrum allerdings eine Organisation, die soviel Wähler aufbringt, daß es unter Umständen mit einem Abgeordnetensitz rechnen kann. Von 1920—22 hatte es ja schon einmal einen Vertreter im Landtag. Es darf sich also mit Recht eine Partei im parlamentarischen Sinne nennen, die dann auch das Recht hat, gegen etwaige Fehlparagraphen des Wahlgesetzes als vollgültige Klägerin vorzugehen. Die Unabhängigen dagegen haben so gut wie gar keinen Anhang und sie brachten bei den letzten Landtagswahlen überhaupt keinen Wahlvorschlag ein. In ganz Sachsen stehen ihnen nur ein paar hundert Wähler zur Verfügung, sie sind also vollständig bedeutungslos. So maß man von vornherein der Klage des Zentrums die meiste Bedeutung bei. Ganz unerwartet für die Oeffentlichkeit aber zog das Zentrum kurz vor dem 7. Juli seine Klage zurück. Die linksgerichteten Zeitungen konstruierten daraus sofort eine Bestechung seitens der sächsischen Regierung, die unter der Hand dem Zentrum die 3000,— Mk. zurückzahle. Das Zentrum, das ja schließlich ein Interesse daran habe, daß die jetzige Regierung nicht von einer Linksregierung abgelöst werde, habe sich zu diesem Tausch bewegen lassen. Es erhalte sein Geld zurück, und die Regierung könne weiterleben.

Natürlich hat das Zentrum aus staatspolitischen Gründen seine Klage zurückgezogen. Es erhielt bindende Zusagen, daß die beanstandeten Paragraphen auf andere Weise als durch den Staatsgerichtshof geregelt werden sollen. Damit war der Zweck des Zentrums erreicht, und es hatte kein Interesse mehr daran, die Sache weiterzutreiben und es auf eine Landtagsauflösung ankommen zu lassen. So stand am 7. Juli nur noch die Klage der Unabhängigen zur Verhandlung. Aber der Staatsgerichtshof befaßte sich weiter garnicht mit dem Inhalt der Klage, sondern wies sie zurück, weil die U. S. P. infolge ihrer gänzlich bedeutungslosen Anhängerschaft, die nicht im mindesten einen Einfluß auf die Entwicklungen innerhalb des Parlamentes nehmen könne, auch nicht als eine klageberechtigte Partei anzusehen sei. Damit war die Geschichte beendet.

Freilich wird nun die sächsische Regierung auf irgendeine Weise sorgen müssen, daß die angeblich verfassungswidrigen Paragraphen einer Korrektur unterzogen werden. Mit Bezug auf die etwaige Rückzahlung der 3000,— Mk. an die Zentrumspartei will die Linke sofort einen Antrag im Landtag einbringen, um von der Regierung Aufklärung zu verlangen, aus welchem Etat dieses Geld genommen werde. Gleichzeitig aber

Auch die Ballon-Gruppe gerettet.

:: **Kowno, 13. Juli.** Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die neuaufgefundene Alessandri-Gruppe an Bord des Eisbrechers „Krassin“ noch nicht zu näheren Mitteilungen bewogen werden können. Die Geretteten erklärten den Russen, sie seien ausgehungert. Sie hätten inständig um Ruhe und Schlaf. Sobald sie sich von den schier unmenschlichen Strapazen wenigstens etwas erholt hätten, würden sie gern und bereitwillig ihren Rettern nähere Mitteilungen machen.

★

Nach dieser Meldung scheint auch die Anbordnahme der Alessandri-Gruppe gelungen zu sein, die seinerzeit mit der Ballonhülle abgetrieben wurde. Eine Bestätigung der Nachricht aus anderer Quelle liegt bisher nicht vor.

---

verlangt die Presse, daß nunmehr die Sozialdemokratische Partei selbst Klage beim Staatsgerichtshof einreiche.

Das zweite wesentlichere Verhängnis für den Bestand des Landtages ist der innere Zerfall der Altsozialistischen Partei. Nach dem 20. Mai, an dem sie eine so „unvermutet“ große Wahlschlappe erlitten und selbst in Sachsen nur noch so viel Stimmen aufbrachten, daß sie höchstens einen Kandidaten bei einer Landtagswahl durchbekommen hätten, entstanden große Differenzen innerhalb der Partei. Die Mehrheit hatte eingesehen, daß ihre Politik allmählich zu „nationalistisch“ geworden war und darauf in erster Linie der große Wahlverlust zurückzuführen sei. Schuld daran trug der Leiter des Parteiorgans, des „Volksstaats“, Niekisch, der zusammen mit August Winnig die ganze Partei in ein nationalistisches Fahrwasser gebracht hatte. Eigentümlicherweise wehrte sich bis zum 20. Mai keine der übrigen führenden Parteipersönlichkeiten dagegen, obwohl die nationalistische Politik so weit ging, daß man in der Außenpolitik sogar Stresemann bekämpfte und mit verschiedenen Wehrverbänden gute Fühlung hielt. Nach dem 20. Mai aber entlud sich die Atmosphäre. Die Einsichtigen meldeten sich zu Wort und Niekisch und Winnig mußten gehen. Sie sind jetzt beide in Berlin, um von dort aus weiter für die A. S. P. — im nationalistischen Sinne zu wirken. Die sächsischen Altsozialisten haben also ihren Kurs nach dem 20. Mai geändert und sind damit dem Ziel einer Wiederannäherung an die wirkliche Sozialdemokratie um ein bedeutendes näher gekommen. Man wollte vor kurzem schon wissen, daß die neue Richtungsänderung mit der ausdrücklichen Absicht vorgenommen sei, die Rückkehr zum Heidelberger Programm und damit zur Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei vorzubereiten. Mit dem Eintritt der Wiedervereinigung wäre dann der jetzige Landtag zu Ende, da sofort von der Linken der Auflösungsantrag gestellt würde, der eine unfehlbare Mehrheit hätte.

Wie nicht anders zu erwarten war, wehrt sich allerdings die Parteileitung der Altsozialisten gegen solche Mutmaßungen, und besonders der altsozialistische Ministerpräsident Held betont, daß er an keine Wiederannäherung an die Sozialdemokratie denke, selbst wenn man 100 Jahre warte. Aber das darf man nicht zu wichtig nehmen, da der Ministerpräsident nur für seine eigene Person spricht. Fest steht zunächst ein zweifaches: erstens, daß die Altsozialisten der Zahl ihrer Wähler nach völlig bedeutungslos geworden sind, und zweitens, daß die Hartnäckigkeit, mit der die vier Altsozialisten bei der letzten Regierungsbildung zwei Ministersitze verlangten und erhielten, arge Mißstimmung bei den übrigen Koalitionsparteien erzeugte. Diese Mißstimmung ist seitdem gewachsen. Und es werden in diesem Sinne bald sehr scharfe Konflikte zum Austrag kommen. Vor allem die linksgerichteten Demokraten, die mehr mit der eigentlichen Sozialdemokratie sympathisieren als mit den Altsozialisten, nehmen keine Rücksicht mehr und werden eine andere Verteilung der Ministersitze verlangen. Wenn es ganz gut geht, behalten die Altsozialisten einen Sitz. Damit aber ist ihr Interesse an dieser Regierung nicht unbedeutend herabgedrückt. Erhalten sie gar keinen mehr, so schwindet es auf ein Minimum. Dazu aber kommt für die jetzigen vier Altsozialisten der Gedanke, daß sie bei einer Rückkehr zur Sozialdemokratie mindestens so viel Aussicht haben, wieder in den nächsten Landtag hineinzukommen als auf einer altsozialistischen Liste. Sie verlieren also bei einer Rückkehr persönlich nichts. Da des weiteren die Gründung der A. S. P. nur ein „Provisorium“ sein sollte, das alle Möglichkeiten für die Zukunft offen hielt, so wäre man auch moralisch gerechtfertigt, wenn eine Rückkehr zur Sozialdemokratie erfolgt.

Wenn die Altsozialisten selbst sich in nächster Zeit noch zurückhalten, so werden also die linksgerichteten Demokraten, die ganz offen ihre Antipathie gegen die A. S. P. aussprechen, die Entscheidung über das jetzige Kabinett bringen. Die Rechtsparteien versuchen aus Furcht vor einem großen Wahlverlust eine Landtagsauflösung unbedingt zu vermeiden. Aber wenn die Demokraten aus der Reihe springen, so können sie das Schicksal nicht mehr wenden. Schon bei den letzten Abstimmungen im Landtag konnte man den Charakter der Demokraten sehr gut beobachten. Sie fürchten auch von Neuwahlen nichts, denn sie haben am 20. Mai zwar im Verhältnis zur letzten Reichstagswahl 50 000 Stimmen verloren, aber im Verhältnis zur letzten Landtagswahl 1926: 30 000 Stimmen gewonnen. Ganz offenbar ein Erfolg ihres Anschlusses an links. Sie würden also bei einer Wahl nichts riskieren, sondern höchstens gewinnen.

Die Reichsreform vor dem Reichskabinett.

◇ **Berlin, 13. Juli.**

Das Reichskabinett befaßte sich heute in eingehender Aussprache mit der Verfassungs- und Verwaltungsreform. Auf der Grundlage der Beschlüsse der Länderkonferenz bestellte die Reichsregierung den Reichsminister des Innern als diejenige Stelle, die zur Herbeiführung von Vereinbarungen über das Aufgehen kleinerer Länder in Nachbarländer sowie für die Auflösung von Enklaven und Exklaven und in der Fühlungnahme mit den Ländern anregend, vermittelnd und auf Antrag der Beteiligten als Schiedsinstanz tätig werden soll. Da die Berichte der vom Verfassungsreformausschuß der Länderkonferenz gestellten Berichterstatter bereits vorliegen bezw. demnächst eingehen werden, hat die Reichsregierung die Einberufung dieses Ausschusses für etwa Ende September d. J. in Aussicht genommen. Die Beratungen des Kabinetts erstrecken sich sodann auf eine Anzahl damit zusammenhängender Einzelfragen, und auch hier kam das Kabinett zu der einmütigen Auffassung von der Notwendigkeit der Förderung der Reichsreform.

Der Gesetzentwurf für das Reichsschulgesetz wieder eingebracht.

× **Berlin, 13. Juli.** Die Deutschnationale Volkspartei hat den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Artikel 146, Absatz 2 und 149 der Reichsverfassung, d. h. das Schulgesetz als Initiativantrag im Reichstag eingebracht. Der Entwurf stützt sich auf den Keudell'schen Gesetzentwurf. Er bringt aber wenige Abänderungen, die in der ersten Lesung des Gesetzes im alten Reichstag mit Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei angenommen waren.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag.

× **Berlin, 13. Juli.** Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstage trat heute zu einer Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden wurde der Reichstagsabg. Dr. Bell (Z.), zum Stellvertreter Reichsgerichtsrat Hettner gewählt. Das Wahlprüfungsgericht wird Anfang Oktober über die Wahl in acht Wahlkreisverbänden entscheiden.

Die bayrische Regierungskrise.

÷ **München, 13. Juli.** Die Landtagsfraktion des Bayrischen Bauernbundes hat am Freitag in einer dreistündigen Sitzung beschlossen, ihren Anspruch auf Besetzung des Landwirtschaftsministeriums durch den bisherigen Minister Dr. Fehr aufrechtzuerhalten. Damit haben sich die Aussichten auf die Wiederherstellung der alten Regierungskoalition verschlechtert.

Der polnisch-litauische Notenwechsel.

× **Genf, 13. Juli.** Das Sekretariat des Völkerbundes hat heute nachmittag den polnisch-litauischen Notenwechsel und den von Litauen vorgeschlagenen Entwurf veröffentlicht, dessen wichtigste Bestimmungen, nämlich die friedliche Regelung der polnisch-litauischen Grenzfragen, der Abschluß eines Nichtangriffspaktes und Schiedsvertrages, die Einrichtung einer 50 Kilometer breiten entmilitarisierten Zone und eine von Polen an Litauen zu leistende Zahlung als Entschädigung für den durch den Angriff des polnischen Generals Zeligowski entstandenen Schaden, bereits bekannt sind. Die litauische Regierung sah in ihrem Vertragsentwurf eine Grundlage für die weiteren Verhandlungen der polnisch-litauischen Hauptkonferenz und hatte deshalb um die rechtzeitige Zustellung etwaiger Bemerkungen der polnischen Regierung gebeten. Von polnischer Seite wurde dagegen geltend gemacht, daß der litauische Entwurf nicht dem Ratsbeschluß entspreche, auch werde mit diesem Entwurf versucht, die Integrität des polnischen Gebietes in die Diskussion zu ziehen, was Polen ablehnen müsse.

In einem an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichteten Brief legt der ständige polnische Delegierte, Sokal, nochmals den polnischen Standpunkt dar. Er betont, daß der litauische Vertragsentwurf keine Grundlage für die Verständigung abgeben könne, die die Entschließung des Völkerbundsrates vom 10. Dezember v. Js. angeregt habe, trotzdem schlage die polnische Regierung der litauischen Regierung die Fortsetzung der im März begonnenen Verhandlungen vor.

Zwei Autonomisten freigesprochen.

✓ **Paris, 13. Juli.** Der Appellationsgerichtshof in Colmar hat der Berufung der wegen angeblicher Spionage in erster Instanz zu acht Monaten Gefängnis und 500 Francs Geldstrafe verurteilten Autonomisten Baumann und Kohler stattgegeben und die beiden Verurteilten freigesprochen. In der Begründung des freisprechenden Urteils wird, laut „Temps“, ausgeführt, daß Baumann und Kohler durch ihre Familienbeziehungen, durch ihre häufigen Reisen bezw. einen längeren Aufenthalt in Deutschland sich verdächtig gemacht hatten, daß jedoch angesichts des Nicht-Uebereinstimmens verschiedener Zeugenaussagen der sichere Beweis für Spionage nicht erbracht worden sei.

Die Antworten auf die Kellogg-Note

Washington, 13. Juli. Die deutsche Antwortnote auf den amerikanischen Antikriegspaktvorschlag wurde hier veröffentlicht. Die Zeitungen betonen übereinstimmend, daß Deutschland wiederum als erster Staat den Friedensvorschlägen Amerikas zugestimmt habe.

Der französische Botschafter hat gestern nachmittag Staatssekretär Kellogg aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß der französische Minister des Aeußern, Briand, voraussichtlich am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, Botschafter Herrick die vorbehaltlose Zustimmung der französischen Regierung zu den in der letzten Note Kelloggs enthaltenen Erklärungen übermitteln werde.

★

Botschafter Herrick bei Briand.

+ **Paris, 13. Juli.** Außenminister Briand hat gestern den amerikanischen Botschafter Herrick empfangen, dem er, wie der „Matin“ mitteilt, mündlich von der französischen Antwort auf den amerikanischen Antikriegspaktvorschlag Kenntnis gab. Die nach Washington übermittelte Note wird wahrscheinlich heute Staatssekretär Kellogg überreicht werden.

Die Deutsch-Amerikaner für Hoover.

⊠ **Newyork, 13. Juli.** Eine aus sechs Personen bestehende Abordnung als Vertretung der führenden deutsch-amerikanischen Verbände ist am Donnerstag in Washington eingetroffen. Die Abordnung teilte dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Hoover mit, daß er der vorbehaltlosen Unterstützung ihrer Anhängerschaft in den Staaten Newyork, New Jersey, Illinois, Missouri, Nebraska und Wisconsin sicher sein könne. Die Abordnung erklärte ferner, daß Hoover die Stimmen der Deutsch-Amerikaner hauptsächlich wegen seiner großen rein menschlichen Verdienste erhalten werde. Man rechnet allgemein damit, daß der Glaube an den persönlichen Wert Hoovers in weiten Kreisen ausschlaggebend sein wird.

Die Mandschurei und Südchina.

Geplantes Abkommen Tschanghsueliangs mit der Pekinger Regierung.

● **Paris, 13. Juli.** Die Agentur Indo Pacifie meldet aus Schanghai: Marschall Tschanghsueliang, der nach wie vor der oberste Gebieter der drei mandschurischen Provinzen ist, hat darauf verzichtet, die gesamte Macht, die sein Vater ausübte, allein in Händen zu behalten. Deshalb hat er beschlossen, das Komitee für die Verwaltung der zivilen und militärischen Angelegenheiten zu reorganisieren. Außerdem hat er vier Vertreter nach Peking entsandt, die mit der Nanking-Regierung ein Abkommen auf folgender Grundlage erörtern sollen: 1. In den Ostprovinzen soll ein politisches Büro der Nanking-Regierung, an dessen Spitze Marschall Tschanghsueliang stehen würde, eröffnet werden. 2. Die Südtruppen verpflichten sich, nicht in die Mandschurei einzudringen. 3. Die Heeresstärke wird beiderseits herabgesetzt. Die heikle Frage der Einführung der südchinesischen Flagge soll nicht berührt werden. — Das Bestreben Tschanghsueliangs geht dahin, unter der Autorität der Pekinger Regierung sich eine gewisse Autonomie in der Mandschurei zu sichern.

Die Nankingregierung verlangt die Zurückziehung der Kriegsschiffe der Großmächte.

× **Schanghai, 13. Juli.** Nach einer Pressemeldung bereitet die Nankingregierung Noten vor, die im gleichen Wortlaut an Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Japan, Frankreich und Italien gerichtet werden sollen. In den Noten wird die Nankingregierung die Zurückziehung der Kriegsschiffe vom Yangtse fordern, da nach Beendigung der militärischen Operationen im Innern China die Anwesenheit der Kriegsschiffe zum Schutze des Lebens der Ausländer nicht mehr erforderlich sei.

Beschwerde der Hultschiner Deutschen.

◆ **Prag, 13. Juli.** Die Bevölkerung des Hultschiner Landes hat durch den Bezirksobmann der deutschen christlich-sozialen Partei in Troppau einen offenen Brief an den Präsidenten Masaryk gerichtet, in dem auf die vielfachen Benachteiligungen der deutschen Hultschiner Bevölkerung seitens der Regierung hingewiesen wird. So müssen 272 Schulkinder deutsche Schulen außerhalb des Hultschiner Gebietes besuchen, weil mit Ausnahme von zwei kleinen Gemeinden in allen Gemeinden des Hultschiner Gebietes, das bei den Wahlen 1925 63 Prozent deutsche Stimmen aufwies, die deutschen Schulen aufgehoben und ausschließlich tschechische errichtet worden sind. Das Hultschiner Gebiet steht unter verwaltungsrechtlichen Ausnahmebestimmungen, die dem Vertrage von St. Germain widersprechen. Der gegenwärtige Schritt soll den letzten Versuch vor Anrufung des Völkerbundes darstellen, staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu erlangen.

Ein neues Moskauer Todesurteil.

Deutsche Firmen angeklagt.

◆ **Kowno, 13. Juli.** Wie aus Moskau gemeldet wird, verurteilte das Gouvernementsgericht den früheren Leiter der Zollagentur der russischen freiwilligen Flotte „Dobroflot“, Halperin, zum Tode. Er war angeklagt, deutschen und österreichischen Konzessionsfirmen Gelder der Zollagentur zur Bezahlung der Zollabgaben widerrechtlich zur Verfügung gestellt zu haben. Die Anklageschrift erwähnt die deutsche Firma Gebrüder Brück und die österreichische Gesellschaft Bernhard Altmann, sowie die deutsche Landmaschinenfabrik Rudolf Sack-Leipzig.

Attentat im Belgrader Innenministerium.

△ **Belgrad, 13. Juli.** Ein Mazedonier hat am Freitag vormittag im jugoslawischen Ministerium des Innern ein Revolverattentat auf den Sektionschef Lazitsch verübt und ihn schwer verwundet. Darauf hat sich der Attentäter selbst schwere Verletzungen beigebracht. Der Vorfall spielte sich folgendermaßen ab: Um 11 Uhr vormittags erschien bei dem Sektionschef Lazitsch, dem Leiter der politischen Polizei in Mazedonien, ein Mann, der sich als Bürger der mazedonischen Stadt Stip und als Angehöriger der bulgarischen Nation vorstellte. Der Mann zog einen Revolver und feuerte mehrere Male auf Lazitsch. Dieser sank schwer verwundet um. Darauf kehrte der Attentäter die Waffe gegen sich selbst. Lazitsch wurde ins Krankenhaus überführt. Bei dem Attentäter sind keinerlei Dokumente gefunden worden, die über seine Person Aufschluß geben könnten, doch zweifelt man nicht daran, daß es sich um einen mazedonischen politischen Racheakt handelt, zumal Lazitsch in seiner amtlichen Tätigkeit als einer der Hauptgegner der mazedonischen Organisationen gilt.

◆ **Wien, 13. Juli.** Sektionschef Lazitsch wurde bei dem Attentat oberhalb des rechten Auges schwer verwundet. Der Attentäter, der zwei Schüsse gegen sich selbst abgegeben hatte, wurde lebensgefährlich verletzt. An dem verwundeten Sektionschef wurde sofort eine Operation vorgenommen und das Geschoß aus dem Schädel entfernt. Lazitsch ist bereits außer Lebensgefahr. Auf dem Schreibtisch des Sektionschefs wurde ein Anmeldezettel gefunden, auf dem der Name Momcilo Jovanovic stand. Man vermutet, daß dies die Anmeldung des Attentäters sei. Innenminister Dr. Korosetsch erschien sofort an Ort und Stelle, um die Untersuchung durchzuführen.

Streikunruhen in Lodz.

)) **Lodz, 13. Juli.** In Lodz ist es am Donnerstag zu schweren Ausschreitungen streikender Textilarbeiter gekommen. Die Streikenden zogen nach Ablehnung ihrer Forderungen vor das Direktionsgebäude einer großen Textilfabrik und eröffneten einen Steinhagel auf das Gebäude. Sämtliche Fensterscheiben wurden zertrümmert. Ein großes Polizeiaufgebot wurde von der Menge gleichfalls mit Steinwürfen und Revolverschüssen empfangen. Erst nach heftigen Kämpfen konnten die Streikenden zurückgedrängt werden. Die beiden Direktoren der Fabrik und zwei Polizeibeamte trugen schwere Verletzungen davon.

Von Nah und Fern

Die Hitzwelle in Deutschland.

◆ **Berlin, 13. Juli.** Die Hitze hat am Freitag besonders in Brandenburg, Mittel-, Süd- und Ostdeutschland eine weitere Steigerung erfahren. Am Freitag mittag 2 Uhr wurden in Berlin 35 Grad im Schatten gemessen, in Magdeburg 34 Grad, in Frankfurt am Main ebenfalls 34 Grad. 30 und mehr Grad wurden gemessen in Stettin mit 33, Hannover 32, Dresden 32, Danzig 30 und Breslau 30. In West- und Nordwestdeutschland lagen die Temperaturen unter 30 Grad, Hamburg zählte 20 Grad, Dortmund 20 und Aachen 28 Grad.

Die Hitzewelle ist durch ein Hochdruckgebiet verursacht, das ganz West-, Mittel- und Südeuropa bedeckt. Die heutigen höchsten Temperaturen wurden bisher selten erreicht. Innerhalb von vielen Jahren wurde nur am 10. August 1925 eine Wärmetemperatur von 35 Grad im Schatten, wie heute in Berlin, gemessen. Mit einer Temperaturänderung ist vorläufig nicht zu rechnen, sodaß also die Hitze am Samstag mindestens in der gleichen Höhe anhalten wird.

Die Luftfahrtspionage Ludwigs.

)) **Berlin, 13. Juli.** Der Untersuchungsrichter beim Berliner Landgericht hat heute vormittag die Voruntersuchung gegen den wegen Spionageverdachts verhafteten Regierungsbaumeister Ludwig und dessen beide Helfershelfer eröffnet. Den Verhafteten wird, laut „Berliner Tageblatt“, zur Last gelegt, fortgesetzt für eine fremde Macht und zwar für Sowjetrußland Luftspionage getrieben zu haben. Ludwig soll, wie nunmehr feststeht, eine ganze Reihe von Geheimberichten entwendet und wichtige Zeichnungen von Neukonstruktionen modernster Motortypen für Flugzeuge photographiert und die Abzüge mit Hilfe der beiden Mitverhafteten verkauft haben.

Schweres Flugzeugunglück in England

÷ **London, 13. Juli.** Ein kleines einmotoriges Flugzeug, das zur Beförderung von Gepäckstücken zwischen London und dem Festlande dient, ist in der Nähe von Purley abgestürzt. Von den sechs Insassen sind vier, darunter zwei Frauen, getötet, und zwei verletzt worden. Unter den Getöteten befindet sich auch ein Vertreter der Aeronautischen Sektionsabteilung des britischen Luftfahrtministeriums. Bei den übrigen Personen handelt es sich durchweg um Angestellte des Croydoner Flugplatzes. Die beiden Flugzeugführer sind der Kapitän Spafford und ein Mechaniker. Das Flugzeug fing nach dem Absturz Feuer. Es herrschte eine derartige Hitze, daß es anfangs nicht möglich war, näher als auf 10 Meter an die Maschine heranzukommen. Als die beiden Verletzten aus ihrer Lage befreit worden waren, stellte es sich heraus, daß es unmöglich war, an die in der Kabine befindlichen Passagiere heranzukommen. Es blieb zunächst nichts übrig, als abzuwarten, bis die Feuerwehr auf dem Platz erschien. Nach Ablöschen des Brandes wurden die vier Leichen geborgen. Man glaubt, daß die Verunglückten auf der Stelle getötet worden sind.

★

Leo Leonhardy gestorben.

:: **Berlin, 13. Juli.** Der Pour le merite-Flieger Major a. D. Leo Leonhardy, der Mitbegründer und erste Leiter der Deutschen Luftfahrt G. m. b. H. ist nach schwerem Leiden im Alter von 48 Jahren gestorben.

Plötzlicher Tod des Direktors der russischen Transit-Gesellschaft.

)(**Berlin, 14. Juli.** Der Direktor der russisch-deutschen Transit-Handels-A.-G. „Rustransit“, Zacharias Iwanow, wurde gestern abend gegen 10.30 Uhr in seiner Privatwohnung im Hause Lutherstraße 13 tot aufgefunden. Da die Todesursache von dem herbeigerufenen Arzt nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden konnte, wurde die Leiche dem Schauhause zugeführt, wo heute eine Obduktion vorgenommen werden soll. Allem Anschein nach ist Iwanow einem Herzschlag erlegen.

Weitere Ausdehnung des Hungerstreiks in der Strafanstalt Sonnenberg.

:: **Berlin, 13. Juli.** Der Hungerstreik der Strafgefangenen in der Strafanstalt Sonnenberg hat, wie eine Korrespondenz meldet, heute ganz erheblich an Ausdehnung gewonnen. Während gestern nur insgesamt 66 Strafanstaltsinsassen, darunter 25 politische Gefangene beteiligt waren, sind heute von 482 Gefangenen 300 in den Hungerstreik getreten. Der Hungerstreik hat also auf die kriminellen Gefangenen, unter denen sich eine große Anzahl von Schwerverbrechen befindet, übergegriffen. Sie haben erklären lassen, daß sie eine Ausdehnung der Amnestie auch auf wegen allgemeiner Straftaten Verurteilte erzwingen wollen. Im übrigen ist es zu keinerlei Zwischenfällen gekommen.

Riesenbrand in Brandenburg a. d. Havel.

)(**Berlin, 13. Juli.** Heute morgen ist der „B. Z. am Mittag“ zufolge die Holzbearbeitungsfabrik von Aug. Raschig in Brandenburg a. d. Havel mit allen Vorräten vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt mehrere 100 000 Mark.

Schweres Bauunglück.

= **Leipzig, 13. Juli.** Beim Neubau eines Kesselhauses auf der Kohlengrube der Deutschen Erdöl-A.-G. Regis-Breitingen ereignete sich am Mittwoch nachmittag ein schweres Bauunglück. Beim Hochwinden eines mehrere Tonnen wiegenden eisernen Dachbinders knickte der Aufleger des Krans und riß einen Eisenträger in die Tiefe, wodurch ein Holzgerüst zum Einsturz gebracht wurde. Unter den Trümmern wurden zwei Bauarbeiter begraben, die schwere Verletzungen erlitten. Einer der Verletzten ist in der Nacht zum Donnerstag gestorben.

Mord.

)(**Kiel, 13. Juli.** Heute nachmittag gegen 1 Uhr wurde die 51 Jahre alte Witwe Dickmann in der Annenstraße ermordet aufgefunden. Die Frau, die in dürftigen Verhältnissen lebte, war von dem Täter beim Aufwaschen in der Küche überfallen und mit einem Strumpf erdrosselt worden. Außerdem hatte ihr der Täter einen Unterrock in den Mund gesteckt. — Unter dem dringenden Verdacht, den Mord begangen zu haben, wurde der Flurnachbar der Ermordeten, ein 28 Jahre alter erwerbsloser Arbeiter Max Vetter, der vor nicht langer Zeit aus der Heil- und Pflegeanstalt Neustadt entlassen worden war, verhaftet. Man vermutet, daß er die Tat in einem Anfall von Geistesgestörtheit begangen hat. Bisher hat er eine Beteiligung an der Mordtat geleugnet.

Der Enkel des Turnvaters Jahn zu Besuch in Deutschland.

◇ **Oberstein an der Nahe, 13. Juli.** Hier traf eine Gruppe deutsch-amerikanischer Turner mit dem in Amerika lebenden Enkel des Turnvaters Jahn, Friedrich Ludwig Jahn, ein. Jahn wurde unter dem Jubel der Bevölkerung durch die festlich geschmückte Stadt nach dem Rathaus geleitet, wo ein Empfang durch die städtischen Behörden stattfand.

Engel deutscher Fliegermeister.

Jokisch Landesmeister.

Köln, 13. Juli.

Vor 6000 Zuschauern kam heute abend in Anwesenheit des Oberbürgermeisters Adenauer die deutsche Meisterschaft über 1000 m für Berufsflieger zum Austrag. In der Entscheidung konnte Engel seinen Landsmann Oszmella knapp aber sicher schlagen. Der Verteidiger Fricke sowie Schamberg schieden im Zwischenlauf aus. Oskar Klitt fehlte wegen Krankheit am Start.

Die Meisterschaft des Landesverbandes Rheinland-Westfalen im V. D. N. brachte der Dortmunder Jokisch an sich.

Die Ergebnisse:

1000 m-Meisterschaft: 1. Engel (Köln), 6 P., 2. Oszmella 5 P., 3. Knappe 4 P., 4. Frankenstein 3 P.

Tandemfahren: 1. Engel-Steffes, 2. Oszmella-Frankenstein 3. Rausch-Hürtgen, 4. Schamberg-Buschenhagen.

Landesmeisterschaft für Amateure: 1. Jokisch-Dortmund, 2. Groß-Imlinghaus, 3. Schnitzler, 4. Toni Müller.